Auer Tageblatt

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 80 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 70 Pfg. u. wöchentlich 20 Pfg. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 2.82 Mk., monatlich 94 Pfg. Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 25 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 50 Pfg., sonst 60 Pf. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 14 — Donnerstag, den 17. Januar 1918 — 13. Jahrgang

Der Frieden auf dem Marsche!

Unsere militärische Lage glänzend! / Unsere finanzielle Rüstung gesichert!

Zur Kohlenversorgung.

Die große Kohlenknappheit, unter der heute jedermann mehr oder minder, unmittelbar oder mittelbar leidet, läßt allgemein die Frage aufwerfen, welche Gründe dazu führen, daß auch dem deutschen Reich, dessen Kohlenschätze noch für Jahrtausende reichen, ein Kohlenmangel nicht erspart bleibt. In milderer Form kannten wir ja auch im Frieden den Kohlenmangel zu Hochkonjunkturzeiten, wenn die Produktion dem vermehrten Bedarf nicht genügte, und als eine Saisonerscheinung im Herbst, wenn die Eisenbahnen durch die Rübentransporte so sehr in Anspruch genommen wurden, daß der Wagenpark zur vollen Wagengestellung für die Kohlenzechen nicht mehr ausreichte. Der Krieg hat diese beiden Erscheinungen verschärft: Die Kohlenproduktion bleibt hinter dem Kohlenbedarf zurück, und im Herbst und Winter vergrößert sich der Fehlbetrag noch ganz bedeutend dadurch, daß der Kohlentransport weit hinter der Produktionsmöglichkeit zurückbleibt. Aus diesen Verhältnissen ergeben sich drei Aufgaben:

1. Steigerung der Kohlenproduktion.
2. Verbesserung der Transportverhältnisse.
3. Soweit die beiden vorerwähnten Maßnahmen nicht zur vollen Bedarfsdeckung führen, Verteilung der verfügbaren Kohlen auf die Verbraucher nach Maßgabe ihrer Wichtigkeit.

Die Kohlenproduktion hat sich von dem starken Rückschlag zu Beginn des Krieges immer mehr erholt und sich wieder dem Friedensstande genähert. Die geringere Zahl der Arbeiter und ihre unter den Kriegseinflüssen allmählich herabgehende Leistungsfähigkeit versucht man auszugleichen, indem Bergleute aus dem Heeresdienst freigemacht werden und indem die Arbeiter mehr Schichten als im Frieden verfahren. Was der Bergbau an Maschinen und Material bedarf, wird ihm zur Verfügung gestellt. Es ist diesen zielbewußten Bemühungen gelungen, dem Bergbau trotz dauernder Zunahme der technischen Erschwerungen eine Leistungsfähigkeit zu erhalten, die bei genügender Arbeiterzahl wohl eine Deckung des Bedarfs ermöglichen würde. Die Zahl der gelernten Bergleute läßt sich aber nicht beliebig steigern, zumal nicht alle Bergleute im Heere entbehrt werden können.

Der Kohlentransport leidet zurzeit in gleicher Weise, aber in sehr verstärktem Maße unter den Schwierigkeiten, die alljährlich im Herbst und Winter bei den Eisenbahnen in Gestalt des Wagenmangels und bei der Schiffahrt durch das Zufrieren der Wasserstraßen eintreten. Im Frühjahr und im Sommer können Eisenbahnen und Schiffahrt die ganze Kohlenproduktion glatt aufnehmen und befördern. Im Herbst aber bringen die Kartoffel- und Rübentransporte meist eine Ueberlastung der Bahnen mit sich, und im Winter führen Eis und Schnee Störungen herbei. Im Kriege haben sich die Verkehrsbedingungen natürlich nicht gebessert. Jedoch konnten die Eisenbahnen auch im vergangenen Sommer die Kohlenproduktion noch vollkommen bewältigen. Jetzt im Winter ist die Kohlenfrage also lediglich eine Transportfrage. Eine Produktionssteigerung ist zurzeit zwecklos, meist sogar unmöglich, weil die Mehrmengen nicht abtransportiert werden können. Für den Augenblick aber kann alle Hilfe nur von der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse kommen. Eines der hierzu angewandten Mittel ist die Einschränkung des Personenverkehrs, wodurch die Strecken für die kriegswichtigen Transporte freier gemacht, der Wagenumlauf beschleunigt und die Wagengestellung an den Zechen verbessert werden.

Die staatliche Regelung der Kohlenverteilung wurde im vorigen Winter aufgenommen, als der stark anwachsende Bedarf der Kriegsindustrie den Kohlenmangel bedenklich verschärfte. Drei Gesichtspunkte traten dabei in den Vordergrund:

1. Ausgleich zwischen Sommer und Winter durch Vorratsansammlung.
2. Sicherung der Belieferung der wichtigsten Verbraucher.
3. Einschränkung und nötigenfalls Einstellung der Belieferung weniger wichtiger Verbraucher.

Als der Reichskohlenkommissar Ende Juni die planmäßige Durchführung seines Programms begann, konnte er die wichtige Aufgabe der Vorratsbildung nur noch in beschränktem Maße durchführen, wodurch natürlich für den Winter die zweite Aufgabe: Sicherung der Belieferung der wichtigen Verbraucher erschwert wurde. Am schwierigsten ist es, die notwendigen Einschränkungen des Verbrauchs planmäßig nach kriegswirtschaftlich richtigen Gesichtspunkten durchzuführen, weil hier das verständliche und an sich berechtigte Privatinteresse entgegensteht. So erklärt es sich, daß die Kritik noch mancherlei Angriffspunkte findet. Darüber darf man aber nicht vergessen, daß die Kohlenverteilung keine Kohlen schaffen und daß sie eine volle Deckung des Bedarfs angesichts der Kriegsnotwendigkeiten nicht ermöglichen kann.

In diesen Tagen liegt der Druck des Kohlenmangels am schwersten auf uns. Aber man darf annehmen, daß wir den Höhepunkt der Krisis bald überschritten haben werden, und man kann schon heute sagen, daß er überwunden werden wird, ohne daß im Feld und in der Heimat die Kraft zum Durchhalten Schaden leidet.

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 17. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgefechte.

Nördlich von Paschendaele, an der Scarpe, bei Vendhuille und bei St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Cernabogen dauerte erhöhte Artillerietätigkeit an.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Bei ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen 12 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebüßt.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Politische Uebersicht.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die gegenseitige Annäherung.

Wie wir schon gestern mitgeteilt haben, hat in den inzwischen wieder aufgenommenen Beratungen der deutsch-österreichisch-russischen Kommission, die mit der Regelung der territorialen und politischen Fragen betraut ist, trotz noch vorhandener starker Gegensätze in den beiderseitigen Auffassungen eine unverkennbare Annäherung stattgefunden. Es liegen heute die ausführlichen Verhandlungsberichte vor, deren Wiedergabe uns der Raummangel leider verbietet. Aus ihnen geht hervor, daß die Verhandlungen der vorerwähnten Kommission sich in der Hauptsache um die Auslegung des Begriffes des Selbstbestimmungsrechtes der Völker drehten. Die Russen wollen z. B. den von der kurländischen Landesversammlung ausgesprochenen Wunsch, unter deutsche Oberhoheit zu kommen, nicht als Ausdruck des Volkswillens der Kurländer anerkennen, während die deutschen Vertreter daran festhalten, daß die Kurländer durch die Kundgebung dieser Versammlung ihren Willen hinreichend betätigt haben. Auch verlangen die Russen, daß die deutschen Truppen aus den besetzten Gebieten zurückgezogen werden, ehe die von ihnen gewünschte Volksabstimmung stattfindet, während die Deutschen auf dem Standpunkt stehen, daß das Verbleiben der Truppen im Interesse der Sicherheit und Ordnung bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens unerläßlich ist. Trotzki, der Leiter der russischen Delegation, erschöpfte sich auch diesmal wieder in staatsrechtlichen Ausführungen, aber, ohne daß er dem deutschen Standpunkte wesentliches Entgegenkommen bewiesen hätte, ging aus seinen Darlegungen doch die Geneigtheit zu weiteren Verhandlungen hervor, so daß man hoffen darf, daß, wenn auch noch mancherlei ernste Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, eine Einigung über die Vorbedingungen des Friedens in Brest-Litowsk doch noch zu Stande kommen wird.

Neutrale Stimmen über Brest-Litowsk.

„Nieuwe Rotterdamscher Courant" schreibt: Trotzki hat selbst gesprochen und hat andere sprechen lassen, als ob er der Vertreter eines siegreichen Staates wäre. Rußland hat aber noch nicht gesiegt. Was tun seine Vertreter denn eigentlich bei den Friedensverhandlungen noch? Suchen sie vielleicht nur eine bequeme Gelegenheit, um für ihre maximalistischen Theorien Weltpropaganda zu machen oder sind sie wirklich naiv genug, zu glauben, daß sie, obwohl geschlagen und ohne Macht, ihre Gegner nur durch Reden soweit bringen können, so, als ob sie geschlagen wären? „Maasbode" schreibt: Herr v. Kühlmann hat das ganze Register seines diplomatischen Talentes meisterhaft spielen lassen, um den Russen den Standpunkt der Deutschen hinsichtlich der besetzten Gebiete und ihrer Räumung annehmbar zu machen. Es hatte dann und wenn den Anschein, als ob er die Gegenpartei in die Enge treiben und zu Zugeständnissen zwingen würde. Aber das von ihm gesponnene diplomatische Netz wurde durch den harten und unwandelbaren Doktrinarismus der russischen Delegation und vor allem Trotzkis zerrissen.

Ein bayerischer Vertreter in Brest-Litowsk.

Um den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches nach außen hin zum Ausdruck zu bringen, wird Bayern fortan einen besonderen Vertreter zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk entsenden. Zunächst wird sich der frühere bayerische Ministerpräsident Graf Podewils nach Brest-Litowsk begeben.

Englische Hoffnungslosigkeit über Rußland.

Der „Times"-Korrespondent in Petersburg berichtet über die innere Auflösung in Rußland und die unerträglichen Verhältnisse in der Hauptstadt. Alle unsere Anstrengungen, den Boden für eine Eroberung des Handels auf den russischen Märkten vorzubereiten, werden, so schreibt der Korrespondent, wie ich fürchte, vergeblich gewesen sein. Dasselbe kann von der englischen Propaganda in Rußland gesagt werden, die unserer Regierung beträchtliche Kosten verursacht hat. Diese Propaganda betätigte sich hauptsächlich unter den russischen Soldaten, die sich aber ihr gegenüber leider im großen und ganzen vollkommen gleichgültig verhalten haben.

Ein Attentat auf Lenin?

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Als Lenin gestern (Montag) eine Abteilung sozialistischer roter Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolverschüsse ohne Erfolg abgefeuert.

Der preußische Finanzminister über die Lage.

Im preußischen Abgeordnetenhause brachte gestern der neue Finanzminister Hergt den Etat für 1918 mit einer wirkungsvollen Rede ein. Er sagte: Wenn wir die Bilanz ziehen, so können wir zu unserer Genugtuung feststellen, daß sie zu unseren Gunsten abschließt. Das Bewußtsein neugewonnener Befestigung macht sich allgemein geltend. Wir werden durchhalten! Was sollen manche Mängel bedeuten gegenüber den gewaltigen Verschiebungen auf dem Welttheater, die sich vollzogen haben? Wir stehen militärisch glänzend da nach den unvergleichlichen Ruhmestaten unseres Heeres und unserer Flotte. Den Russen ist der Atem ausgegangen. Das Vertrauen zu seinen Bundesgenossen ist geschwunden. Ein Akt von weltgeschichtlicher Bedeutung sind die Sonderfriedensverhandlungen im Osten.

Der Frieden ist auf dem Marsche und wird auf dem Marsche bleiben! Je länger sich die Feinde im Westen sträuben, um so günstiger müssen die Bedingungen für uns werden. Deutsche Wissenschaft und deutsche Technik haben uns im Kriege unabhängig von Fremdenversorgung gemacht. Die Kriegsindustrien und ihre Errungenschaften bedeuten einen wertvollen Zuwachs zu unserem Volksvermögen. Diese Errungenschaften werden wir in die Friedenswirtschaft mit hinübernehmen. Sollte es den Gegnern einfallen,